

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 7

Artikel: Kapitalexportfragen und der Handel mit Russland
Autor: Marbach, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329165>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

7. HEFT

MÄRZ 1926

V. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Kapitalexportfragen und der Handel mit Rußland.

Von Dr. F r i z M a r b a c h, Bern.

Vor zirka anderthalb Jahren wurde in der „Roten Revue“ zu der bundesrätlichen Auffassung über den Kapitalexport Stellung genommen. Ein Communiqué des Bundesrates hatte sich damals dahin ausgesprochen, daß j e d e r Kapitalexport begleitet sein müsse von einem entsprechenden Auslandsabsatz von Waren. Wir haben damals die Beweisführung durchgeführt („Rote Revue“ 1924, 4. Heft), daß diese Auffassung irrtümlich sei, weil sehr wohl Kapitalexporte denkbar seien, die das Warengeschäft des kapitalexportierenden Landes nicht zu beeinflussen vermögen. Die Behandlung dieser Frage war 1924 um so dringender, als damals bei stark steigenden Zinssätzen im Inland (die besten Banken, inkl. z. B. die bernische Hypothekarkasse, gaben zu $5\frac{1}{2}\%$ verzinssliche Obligationen aus) der sichtbare und unsichtbare Kapitalexport übertrieben blühte, was zu einem drohenden Faktor für die Produktionskostenbildung im Inland wurde, also zu einer Gefahr für die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, sei es zufolge des allzu großen Renditeverlangens für die in der Industrie zu investierenden Kapitalien, sei es zufolge der stark wachsenden Zinsenlast für hypothekarisch gesicherte Gelder der Landwirtschaft etc. Schon damals aber hatten wir uns nicht etwa auf den Standpunkt gestellt, daß jeder Kapitalexport verwerflich sei. Es galt nur gegen die zu einseitige Auffassung Stellung zu nehmen, daß Kapitalexport ü b e r h a u p t immer von wirtschaftlichem Nutzen für das kapitalexportierende Land sein müsse. In letzter Zeit wird nun die Kapitalexportfrage ins andere Extrem hinein übertrieben, indem in Zeitungen und Parlamenten gegen den Kapitalexport schlechtthin Stellung genommen wird. Die diesbezüglichen einseitigen Ansichten des Bauernsekretariates sind bekannt. Nun ist schon nach flüchtiger Betrachtung unserer Handels- und Zahlungsbilanzverhältnisse ersichtlich, daß unsere Wirtschaft auf einen gewissen Kapitalexport angewiesen ist, damit unsere passive S a n d e l s b i l a n z nicht auch eine passive Z a h l u n g s b i l a n z bedingt. Wenn z. B. Sarasin & Cie. in Basel schreiben:

„Aus dem schuldnerischen Land müssen Zinsen in die Schweiz hereinkommen; dadurch schaffen wir uns Guthaben im Ausland, welche unsere internationale Zahlungsbilanz günstig beeinflussen“, so ist das durchaus richtig. Wir möchten damit die Sarasin'schen Ausführungen über Kapitalerport, die leztthin publiziert wurden, nicht unterschreiben, aber der angeführte Satz ist zweifelsohne richtig. Ein Hauptkriterium für die Begründetheit oder Unbegründetheit des Kapitalerports ist neben den Zahlungsbilanzeinflüssen der Zusammenhang exportierter Kapitalien mit der industriellen Befruchtung des Landes. Hat der Kapitalerport eine tatsächliche Warentransaktion zwischen Export- und Importland direkt oder indirekt tatsächlich im Gefolge, dann wird es anders zu beurteilen sein als der Export, der eine neue Befruchtung der Industrie und des Handels des kapitalerportierenden Landes nicht zur Folge hat. Voraussetzung für alle Fälle sei natürlich die der genügenden Sicherstellung der Kapitalien.

Kredite aus Ausland mit Warenerportklauseln oder solche Kredite, die an sich dem vermehrten Warenerport dienen, sind scharf zu unterscheiden von Krediten, die Ländern erteilt werden, welche aus der zu ihrer Verfügung gestellten schweizerischen Kaufkraft nicht schweizerische Waren kaufen wollen.

Daraus ergibt sich logischerweise, daß die Richtung des Kapitalerportes für dessen Beurteilung von maßgebender Bedeutung ist. Es ist grundsätzlich zu unterscheiden z. B. zwischen Krediten, die entwickelten, und solchen, die sozusagen jungfräulichen Volkswirtschaften vermittelt werden. Um ein konkretes Beispiel anzuführen: Kredite nach Deutschland und Kredite nach China und Rußland unterscheiden sich in bezug auf den Nuzeffekt für die schweizerische Volkswirtschaft grundsätzlich, weil Deutschland als hochentwickeltes Industrieland viel weniger nach schweizerischen Waren „hungert“ als etwa Rußland und andere Ostgebiete. — Die Importe eines Landes werden bei dem Willen zur Aufrechterhaltung der valutarischen Stabilität begrenzt sein durch die Exporte dieses Landes. Uebersteigt nun das Importbedürfnis die durch die Exporte determinierten Werte, so wird entweder das Bedürfnis nicht befriedigt werden können oder die Stabilität der Valuta wird in die Brüche gehen, wie das leztthin in Polen der Fall war, wo der Exportausfall nach Deutschland infolge des deutsch-polnischen Handelskrieges durch keine entsprechende Importrestriktion begleitet war, was neben den allgemein inflatorischen Gründen mitbestimmend für den katastrophalen Sturz des Zlotykurses an den Devisenbörsen wurde. Nun existiert aber auch bei Einrechnung der valutarischen Verhältnisse kein absolutes „Entweder-oder“, entweder Importschnürung oder Valutazerfall. Es gibt eine Möglichkeit, die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten auch dann, wenn die Exporte die Importe nicht decken. Die Möglichkeit ist dann vorhanden, wenn bei passiver Handelsbilanz durch Auslandskredite die Zahlungsbilanz geborgt, aktiv wird.

Die praktische Frage ist jetzt die, ob solche Länder existieren, die ein unbedingtes Interesse an der Importsteigerung haben und die nicht

genügend exportieren können (vorläufig), um die Importe zu zahlen, die deshalb auf Auslandskredite resp. kreditierte Waren angewiesen sind. Die Bejahung der Frage ergäbe sich für mehrere Volkswirtschaften, ganz besonders und besonders dringend aber für **R u ß - l a n d**. Wir schrieben kürzlich in bezug auf den russischen Warenhunger andernorts: Rußland bedarf heute der Industriewaren und Produktionsmittel in hohem Maße. Die Statistiken und Beobachtungen kompetenter Kreise beweisen, daß die russische Industrie lange nicht zu leisten vermag, was der Bedarf erfordert. Nicht wegen des sozialen Systems, sondern der veralteten und abgebrauchten Maschinen wegen, die weder im Krieg noch Revolution erneuert werden konnten. Infolgedessen hungert Rußland direkt nach Maschinen und Industrieprodukten. Rußland ist ein Land ungeheuren Bodenreichtums. Sein Charakter als Rohstoffgebiet wird es für lange Zeit zum Käufer westeuropäischer Waren machen. Es wird kaum versuchen, zu einer Verindustrialisierung zu gelangen, solange es an Stelle des Fabrikatens- exportes den bequemeren Rohstoffexport stellen kann. Produktionsmaschinen, die nach Rußland wandern, werden deshalb eher weniger als anderwärts zu Konkurrenzmitteln des Abendlandes. Wenigstens vorläufig ist nicht viel zu fürchten, weil vorerst die alte Höhe der Industrie zu erreichen ist. Aber sei dem wie ihm wolle: Tatsache bleibt, daß Rußland ein Absatzgebiet erster Ordnung wenigstens für die nächsten Jahrzehnte werden wird. — Professor Barga, der Handelsbevollmächtigte der Sowjetunion in Deutschland, bestätigte diese Auffassung letzthin im „Magazin der Wirtschaft“ mit folgenden Worten: „Infolge der Besserung der Landwirtschaft in der Union sind wir momentan nicht in der Lage, sämtliche Bedürfnisse des inneren Marktes an Industrieprodukten zu befriedigen. Es herrscht bei uns **H u n g e r n a c h I n d u s t r i e p r o d u k t e n**. Wir können diese Nachfrage im gegenwärtigen Moment durch Erhöhung der Eigenproduktion nicht voll befriedigen, obwohl die meisten Fabriken in voller Ausnützung ihrer Kapazität produzieren.“

In deutschen Wirtschaftskreisen (glücklicherweise für uns noch nicht überall, hat sich heute die Auffassung durchgerungen, daß Rußland für die nächste Zeit der große Abnehmer werden wird, der den Verlust so vieler Absatzgebiete paralyzieren kann. Voraussetzung aber ist, wie aus dem bereits Angeführten hervorgeht, die „weitherzige“ Kreditierung der russischen Importe resp. der nach Rußland zu versendenden Waren.

Damit sind wir wieder beim eigentlichen Kapitalerportproblem angelangt. Aber eine Frage hat sich jetzt automatisch geklärt: Kapitalerporte nach Rußland tragen — die Sicherheit der Anlage, die wohl von Fall zu Fall zu beurteilen ist, steht hier vorläufig außer Diskussion — alle Merkmale oder würden alle Merkmale tragen einer volkswirtschaftlich voll zu verantwortenden Transaktion, weil sie begleitet sind von einer Warenausfuhr. Wie ging bis dahin die schweizerische Kapitalausfuhr vor sich? Nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen wurde Kapital von Kreditinstituten oder Kreditorganisationen, man darf wohl sagen ins Blaue hinaus, exportiert. Neben

einer oft nicht allzu peinlichen Rücksicht auf die Sicherheit der Anlage gab das Zinsangebot des Kreditnehmers den Hauptausschlag, und die Frage, ob mit der Kapitalausfuhr unserer Industrie gedient werde oder nicht, spielte eine durchaus untergeordnete Rolle. Dabei darf man die Kapitalausfuhr nicht nur etwa nach den wohlfeichtbaren Exporten messen, sondern man muß den unsichtbaren und unfreiwilligen Kapitalerport mit in Betracht ziehen, der sich zum Teil auf Gelder stützt, die vom schweizerischen Sparer „zur Verfügung“ gestellt werden, ohne daß dieser die geringste Ahnung hat, wozu. Jedenfalls hat die Rücksichtnahme auf die Richtung des Kapitalerportes bei den schweizerischen Kapitalerporteurs keine gewichtige Rolle gespielt, sonst hätten nicht in erster Linie deutsche Kreise so weitherzig mit Exportkapitalien bedacht werden können. Mit einem Wort: Unser Kapitalerport der letzten Zeit war ein anarchischer, ein wilder. Zwischen diesem wilden Kapitalerport und der kurzfristigen These, daß jeder Kapitalerport verwerflich sei, gibt es aber eine Synthese von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Das ist die These vom geregelten, nach volkswirtschaftlichen Rücksichten organisierten Kapitalerport, bei dessen Beurteilung und Regelung innere Zinsfußverhältnisse, Risikobewertung und Auswirkungsmöglichkeiten auf unsere Konjunktur berücksichtigt werden. Bei gutem Willen aller interessierten Kreise wäre wahrscheinlich eine solche Organisationsgrundlage für den Kapitalerport ohne allzu große Hemmungen zu finden. Das Resultat würde — wir beschränken uns auf Deutschland und Rußland — offenbar das sein, daß die Kapitalerporte nach Deutschland zugunsten der Exporte nach Rußland stark in den Hintergrund treten würden. Wir sind gegenwärtig in der Lage, Kapital zu exportieren. Schon in bezug auf die Zinsfußverhältnisse, die in Wechselwirkung stehen mit dem Flüssigkeitsgrad des Kapital- und Geldmarktes, sind die Verhältnisse anders als 1924. Statt daß wir aber mit Rußland in Handelsbeziehungen träten und schweizerische Industrieprodukte langfristig kreditierten, stellen wir unsere Gelder der deutschen Konkurrenz zur Verfügung, die sich in der Welt soviel zusammenborgt, bis sie einen Ueberschuß über die nötigsten, eigens zu verwendenden Kredite erhält, um dann mit Hilfe dieses Ueberschusses das russische Geschäft zu machen, zu dem die kapitalkräftigen Länder, u. a. also die Schweiz, in erster Linie prädestiniert wären.

Die fieberhaftesten Anstrengungen, das deutsch-russische Geschäft zu maximalen Leistungen zu bringen, scheiterten bis dahin an der deutschen Kapitalknappheit weit mehr als am gegenseitigen russisch-deutschen Willen. Aber auch so sind die deutsch-russischen Handelsziffern von Bedeutung. Das nötige Zahlenmaterial steht uns momentan nicht zur Verfügung. Immerhin ist uns die Oktoberziffer der russischen Käufe in Deutschland bekannt. Es waren Käufe für 56 Millionen.

Mark. Wenn man auf Grund der Oktoberziffer grosso modo auf den Jahresexport schließen dürfte, so ergäbe sich die respectable Zahl von zirka 840 Millionen Franken. Rußland kauft heute nicht dort, wo es ihm etwa politisch am besten paßt. Dazu sind die rein ökonomischen Erfordernisse viel zu zwingend. Rußland kauft heute auch nicht dort, wo es die billigsten Waren erhält. Es kauft dort, wo die Waren langfristig (jedenfalls länger als für eine normale Wechsel-
 laufzeit) kreditiert werden. Wir könnten kreditieren, da wir ja Kapital exportieren, nach Salzburg, nach Berlin, zum Kalisyndikat, nach Brasilien, damit dort mit Hilfe der Gelder eines reinen Kaffeekonsumlandes der Kaffee valorisiert, d. h. künstlich hochgehalten werden kann. Wir haben seinerzeit die Salzburger Anleihe auf Grund des Prospektes als für die Schweiz eher wünschenswert beurteilt, weil im Prospekt von „Industrieverücksichtigung“ die Rede war. Ähnlich war es mit gewissen Krediten, die Deutschland erteilt wurden. Nachträglich stellt sich heraus, daß die Lieferungsklauseln in gewissen Emissionsprospekten nicht viel mehr als eine Entschuldigungsformel sind ohne positiven Inhalt. Jedenfalls ist sicher, daß gerade in letzter Zeit viel Kapital exportiert wurde, von dem eine Belebung unserer Wirtschaft nicht zu erwarten ist, ja, das berufen zu sein scheint, für Konkurrenzstaaten die befruchtende Rolle zu spielen, die es bei organisiertem und geregelterm Kapitalerport für sein Ursprungsland spielen könnte. Gelder, die heute nach Rußland exportiert werden, müssen sich angesichts des russischen Warenhungers automatisch in einer Belebung unserer Industrie auswirken. Selbstverständlich reden wir nicht irgendwelchen liederlichen Anlagen das Wort; Voraussetzung bleibt immer eine gute Sicherung der Kredite. Aber es darf in dieser Beziehung nicht einfach mit dem Namen Rußland alles totgesprochen werden. Die Schweiz hat in Deutschland, das sich einer „geregelten Revolution“ rühmt, ganz andere Summen verloren als im Rußland der „wilden“ Revolution, und die Schweiz ist von Deutschland (Versicherungen etc.) wie von keinem andern Lande hintergangen worden. Trotzdem haben das Reich, dessen Länder und sogar die deutsche Privatindustrie bei uns selten mehr Kredit gehabt als heute. Das sind Tatsachen, weiter nichts. Vom Standpunkt der Anlagesicherheit aus wäre eine Kreditierung von Waren an Rußland durchaus möglich. Es handelt sich dabei ja nicht um eigentliche langfristige Kredite, sondern um Kredite, die relativ zu einer normalen Wechsel-
 laufzeit als langfristig bezeichnet werden. Man könnte vielleicht sagen, daß Rußland der langfristigen „Gelder“ nicht eigentlich langfristige „Kapitalien“ bedarf. Prestigegründe politischer Natur und gewisse Interessen, die mit dem „Rußland-Handel auf Umwegen“ verquickt sind, stellen sich offenbar dem direkten russischen Geschäft in den Weg. Dabei geht der Schweiz eine schier unwiederbringliche Gelegenheit verloren, sich ein großes und neues Absatzgebiet zu erschließen. Heute gehen beispielsweise Uhrenbestandteile nach Deutschland und werden dort zu Uhren zusammengesetzt. Die Fabrik schreibt darauf „Made in Germany“ und jedem russischen Bauern oder Steppen-

jäger, der solche Uhren erhält, prägt sich der Eindruck auf, als ob Deutschland das klassische Land der Uhrenfabrikation sei, denn es ist anzunehmen, daß irgend jemand dem neuen Uhrenbesitzer einmal wird sagen können, was „Made in Germany“ heißt, wenn nicht ohnehin die russische Uebersetzung dabei steht.

In Deutschland ist man sich mancherorts der Bedeutung des russischen Problems wohl bewußt. Im bereits zitierten „Magazin“ schreibt Dr. H. Westenberger, Berlin, neuestens: ... „Die Alternative kann deshalb nicht lauten: Kredite oder keine Kredite für die russische Wirtschaft, sondern sie lautet: Warenaustausch mit Rußland oder Verzicht. Wenn Deutschland nicht Mittel und Wege findet für die Finanzierung des russischen Geschäftes, so wird man den Verkehr mit Rußland einschränken müssen. Deutschland würde deshalb gewiß nicht zugrunde gehen, anderseits muß man sich aber sagen, daß Deutschland heute eine Konjunktur wahrzunehmen hat, wie sie sich in der Wirtschaftsgeschichte nicht so schnell wieder bietet...“

Was hier für Deutschland geschrieben wird, hat seine Richtigkeit auch für die Schweiz, umso mehr als die Schweiz im Rahmen ihrer Größenverhältnisse und ihrer industriellen Kapazität für das Rußlandgeschäft infolge ihrer bessern Möglichkeit zur Krediterteilung unbedingt besser prädestiniert ist als Deutschland.

Deutschland verfügt heute bereits über bedeutende Organisationen, die sich die Finanzierung der Exporte nach Rußland zur Aufgabe gemacht haben. Besonders tätig ist eine Organisation badischer Firmen, die sogenannte „Divo“ (Deutsche Industrievereinigung für den Osten), die mit Hilfe der badischen Staatsbank das Kreditgeschäft organisiert. Früher schon hatte die Reichsbank den Russen 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, wobei der Export so finanziert wurde, daß die Bank 50 % der Faktur bar bezahlte, für 25 % russische Wechsel diskontierte und den Rest den Handelsfirmen resp. dem russischen Importbureau und der deutschen Exportfirma zur Regelung nach Gutfinden überließ. Der Kredit war zu kurzfristig und konnte deshalb nicht voll beansprucht werden. Lesthin wurde er laut Pressemeldungen vollständig zurückbezahlt. Dafür sind jetzt andere Kreditorganisationen im Werden. Andere bestehen noch, wie z. B. die „Igerussko“, der Rußland-Verkaufskonzern des Anilintrusts.

Sicher ist, daß Deutschland dem russischen Geschäft volle Aufmerksamkeit schenkt, und daß es, das selber kreditbedürftige Land, alles tut, um Rußland Waren zu kreditieren.

Würde die Schweiz ihren Kapitalexport regulieren und organisieren nach volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, dann würde der Kapitalexport ihrer Industrie und dem Handel direkt zugute kommen. Tatsächlich hilft sie ja heute schon mit — indirekt — den Warenerport nach Rußland zu finanzieren, leider aber den deutschen, nicht den eigenen. — Wir glaubten, daß es von Interesse sei, das russische Problem einmal in seinen Beziehungen zum Kapitalexportproblem zu skizzieren, weil gerade in sozialdemokratischen Kreisen die Meinung

verbreitet ist, daß jeder Kapitalerport von Schaden sei. So unrichtig die These ist, nach der jeder Kapitalerport für unsere Wirtschaft vom Guten sei, so verfehlt scheint uns die grundsätzliche Ablehnung jedwelchen Kapitalerportes. Gerade das russische Problem, im Zusammenhang mit dieser Frage betrachtet, zeigt uns, daß die sozialistische These auch hier eine planwirtschaftliche sein muß: „Organisation und Regulierung nach Bedürfnissen der Volkswirtschaft“, wobei unter bestehenden Verhältnissen eine rein staatliche Organisation nicht in Frage kommen dürfte. Wir schrieben schon in Nr. 4, 1924, daß der Staat Interventionspflicht habe. Die Interventionsmöglichkeiten sind mannigfaltig und angesichts des Interesses der Industrie nicht aussichtslos. Wenn auch innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems eine voll befriedigende Lösung nicht gefunden werden dürfte, so müßte doch jeder Schritt in der Richtung der Kapitalerportregulierung für die Schweiz konjunkturhebenden Einfluß ausüben.

Der Kampf um den Gummi.

Von Ernst Reinhard.

Als die Entwicklung der Technik und der kapitalistischen Wirtschaft die Benutzung des Kautschuks oder des Gummis notwendig machten, konnte das Bedürfnis nur durch die Gewinnung des „Wilden Gummis“ befriedigt werden. In den sumpfigen, fieberdampfenden Urwäldern der großen Tropenflüsse, besonders am Kongo und seinen Nebenflüssen, und in den Deltas des Amazonas-Systems wuchs der wilde Gummibaum, ein Verwandter unserer Akazie; wenn man seine Rinde rißte, floß ein milchiger Saft heraus, der sich über dem Rauchfeuer erhärtete und den gewünschten Rohstoff lieferte. Vorerst war die Welt ganz auf die Erträge des Urwaldes angewiesen. Gummifucher zogen die Flüsse hinauf, und da ihnen das Besteigen der hohen Bäume zu zeitraubend und zu schwierig war, wurden die Riesen einfach mit der Axt gefällt; einmal am Boden liegend, gestatteten sie das leichte Rigen der Rinde und das Sammeln der sehnlich gewünschten Gummimilch. Lange Zeit blieben die Amazonastäler noch das einzige Ausbeutungsgebiet; dann gründete 1884 Leopold II. die „Internationale Afrika-Gesellschaft“, als deren Chef ihm die Westafrikakonferenz in Berlin im gleichen Jahr das Kongogebiet als „Kongofreistaat“ überließ. So wurde dieses von Stanley zuerst durchquerte Urwald- und Flußland das höchstpersönliche Eigentum des Herrn Leopold. Selbstverständlich waren die Gründe, die zur Konstituierung des Kongofreistaates führten, höchst humane: „Zivilisation und Handel sollen in dem Lande zum allgemeinen Wohl gefördert werden.“ Leopold aber sah tatsächlich nur den Zweck, die natürlichen Reichtümer des Landes, Holz, Elfenbein und Gummi, auszubeuten; vor allem aber den vielbegehrten Gummi.